Vormittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

Alle Mitteilungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 21. August	Nr. 1080

England zum deutschen Protest in Madrid.

London, 21. August. Der scharfe deutsche Protest in Madrid wegen des „Kamerun"-Zwischenfalls wird von amtlichen englischen Kreisen als durchaus berechtigt anerkannt. In London wird dabei betont, daß die Berechtigung des Anspruchs der marxistischen Behörden auf eine Blockade gewisser Küstenbezirke, die sich in den Händen der Militärgruppe befinden, bisher nicht erwiesen sei, umsoweniger, als die Parteien des spanischen Bürgerkrieges auch von der Madrider Regierung bisher nicht offiziell als Kriegführende anerkannt worden seien.

Der Flottenberichterstatter des der englischen Regierung nahestehenden **Daily Telegraph** kennzeichnet die Lage wie folgt: „Deutschland ist in seinem Recht, indem es bei der Madrider Regierung energisch wegen der „Kamerun"-Angelegenheit protestiert hat. Durch die Belästigung des deutschen Schiffes in sieben Meilen Entfernung von der spanischen Küste haben die Regierungskriegsschiffe einen flagranten Bruch des Völkerrechts begangen. Wenn es zu irgendeinem weiteren Versuch spanischer Kriegsschiffe kommen sollte, sich in die deutsche Schiffahrt außerhalb der territorialen Gewässer einzumischen, werden die deutschen Kriegsschiffe in spanischen Gewässern wahrscheinlich drastische Maßnahmen gegen die betreffenden Schiffe ergreifen und sie als Piraten behandeln. Unter ähnlichen Umständen würde England selbst wahrscheinlich dasselbe Vorgehen einschlagen."

In einem Leitaufsatz kennzeichnet das Blatt das Anhalten und die Durchsuchung der „Kamerun" als einen schweren Mißgriff der Madrider Regierung, der eine neue und gefährliche Verwicklung in die internationale Lage gebracht habe. Bis jetzt habe die deutsche Regierung volle Entschädigung und Genugtuung erhalten habe, würden voraussichtlich alle weiteren Schritte in bezug auf eine Nichteinmischung verzögert werden. Die Madrider Regierung habe ihre Rechte, aber sie dürfe sie nicht überschreiten. Und es scheine, daß sie den unglaublichen Wahnsinn begangen habe, den Mächten nicht ihre genauen Absichten in bezug auf die sogenannte Blockade, die sie vergangenen Sonntag in Kraft gesetzt habe, mitzuteilen. In diesem Falle seien andere Länder nicht verpflichtet, sich dem Durchsuchungsrecht zu unterwerfen. Anderdem müsse die die Blockade erklärende Macht diese auch wirksam aufrechterhalten. Papierblockaden seien nutzlos. Wenn man gesehlt habe, dann sei Berlin vollkommen berechtigt, die offenste Sprache zu gebrauchen.

Die Stellungnahme der **Times** verrät das Bemühen, sich auf keinen Fall gegen eine der beiden Mächte in Spanien festzulegen. Das Blatt befaßt sich im wesentlichen überhaupt nicht mit dem gegebenen Tatsachenbestand, nämlich der widerrechtlichen Anhaltung der „Kamerun". Sie behandelt ihn als „Zufall", der nicht dazu führen dürfe, die grundsätzliche Politik der Nichteinmischung zu vereiteln. Die Bemühungen um die Herstellung einer gemeinsamen Nichteinmischungspolitik beleihen ihre Bedeutung. Die britische Regierung habe ein ausgezeichnetes Beispiel gegeben, indem sie alle Genehmigungen für die Ausfuhr nach spanischen Häfen zurückgezogen habe.

England habe bei seiner Nichteinmischungspolitik nicht nur die Fernhaltung von einem Konflikt, der England nichts angehe, im Auge, sondern was noch wichtiger sei, eine notwendige Sicherung gegen eine internationale Verwicklungen. Das Recht jeden Volkes, sein eigenes Geschick ohne Einmischung von außen her zu gestalten, müsse als die Grundlage eines internationalen Rechts und der Völkerehrt respektiert werden. Dieser Grundsatz sei augenblicklich besonders auf Spanien anzuwenden.

Dagegen stellt der diplomatische Korrespondent der konservativen **Morning Post** an die Spitze, daß die Durchsuchung der „Kamerun" nicht berechtigt war. Die spanischen Blockadeverordnungen und der „Kamerun"-Zwischenfall hätten die Verhandlungen über ein Nichteinmischungsabkommen weiter erschwert, und es scheine jetzt wenig Hoffnung auf eine baldige Lösung vorhanden zu sein.

Das Rothermere-Blatt **Daily Mail** schreibt, der „Kamerun"-Zwischenfall habe endgültig bewiesen, was schon lange offensichtlich gewesen sei, daß nämlich die seltsame Mischung von Roten, Sozialisten und Anarchisten in Madrid die Zügel der Regierung gar nicht mehr wirklich in der Hand habe.

Die Militärgruppe könne von unwissenden und mit Vorurteilen erfüllten Leuten nicht mehr als „aufständisch" bezeichnet werden. Die sogenannte Madrider Regierung sei nichts als eine mörderische Anarchie und es sei zweifelhaft, ob ihre Streitkräfte überhaupt einen Anspruch auf die Rechte einer kriegführenden hatten, da sie größtenteils nicht von verantwortlichen Offizieren befehligt seien.

Daily Expreß schreibt, Hitler habe der Madrider Regierung erklärt: „Hände weg von den deutschen Schiffen". Der Führer habe nicht die Absicht, irgend jemand im gegenwärtigen Augenblick zu beunruhigen. Dennoch er an die Madrider Regierung eine scharfe Warnung gerichtet habe, der sie Folge leisten sollte, habe er alle deutschen Schiffe angewiesen, sich von den spanischen Häfen fernzuhalten, wenn es sich nicht um die Aufnahme deutscher Flüchtlinge handele. Ferner erkläre die deutsche Regierung, daß sich die Warnung auch auf die Schiffe der Militärgruppe und nicht nur auf diejenigen der Marxisten beziehe. Kein deutscher Regierungsschef hätte etwas anderes tun können.

Wenn die spanischen Marxisten oder auch die spanischen Nationalisten britische Schiffe auf hoher See anhielten und durchsuchten, dann müsse von der britischen Regierung erwartet werden, daß sie nicht mehr und nicht weniger tue, als der Führer getan habe, nämlich zu erklären: „Hände weg von unseren Schiffen".

Toller Vorfall auf dem Flugplatz von Portsmouth.

London, 20. August. Gefolgter und Abenteuerlust führten am Donnerstag auf dem Flugplatz von Portsmouth zu einem kaum glaublichen Zwischenfall.

Verführt durch die Zeitungsberichte, daß die Agenten der kriegführenden Parteien im spanischen Bürgerkrieg jedem britischen Flugzeugführer, der in Spanien eine Maschine abliefere, einen Betrag von 2000 bis 3000 Mark auszahlen würden, erschienen zwei des Fliegens völlig unkundige Engländer auf dem Flugplatz, setzten sich in eine startbereite Maschine und flogen davon. Allerdings war schon der Start mit einigen Hindernissen verbunden; denn das Flugzeug machte die wildesten Sprünge, ehe es sich vom Boden erhob.

Zu allem Ueberfluß waren die beiden Sonntagsflieger entgegen den Bestimmungen mit dem Wind im Rücken gestartet, das das Glück noch auf ihrer Seite, und es gelang ihnen tatsächlich, die Maschine in die Höhe zu bringen. Ihr unabwendbares Schicksal ereilte sie jedoch in dem Augenblick, als sie als letztes Hindernis eine in der Nähe des Flugplatzes befindliche Baumgruppe nehmen wollten. Das Fahrgestell des Flugzeuges streifte die Baumwipfel. In kurzem Steilflug fand die geplante Spanienreise ihr vorzeitiges Ende und die Maschine ging zu Bruch. Die beiden Insassen, die, wäre ihnen das Glück nicht hold gewesen, in den nahen Flutsleuf gestürzt und ertrunken wären, wurden in schwerverletztem Zustande in das Krankenhaus gebracht.

Bei der vernunftlosten Maschine handelt es sich um eines der fünf neuen Privatmodelle in London angekauften Flugzeuge, die seit Montag in Portsmouth bereitstanden, um nach einem unbekannten Bestimmungsort abzufliegen.

Die beiden Pseudosieger werden sich nach ihrer Wiedergenesung wegen eines vierfachen Vergehens vor Gericht zu verantworten haben. Zunächst wird die Beschuldigung erhoben, daß sie sich widerrechtlich ein fremdes Flugzeug angeeignet haben. Der zweite Anklagepunkt ist die Benutzung eines Flugzeuges, ohne im Besitz eines ordentlichen Flugzeugführerscheines zu sein. Drittens müssen sie sich wegen Beschädigung fremden Eigentums verantworten, und viertes wegen Umgehung des wenige Stunden vorher von der britischen Regierung erlassenen Waffenausfuhrverbots, das bekanntlich auch Verkehrsflugzeuge umfaßt.

Das britische Luftfahrtministerium greift ein.

London, 20. August. Nach einer Mitteilung des britischen Luftfahrtministeriums wird in Zukunft jedem Flieger, der dem von der Regierung erlassenen Verbot zuwiderhandelt und auf Grund einer falschen Zollerklärung Flugzeuge nach Spanien und den spanischen Besitzungen ausführt, die Flugerlaubnis entzogen werden.

Waffenstillstandsbereitschaft der baskischen Separatisten.

Paris, 21. August. Zur Waffenruhe, die Donnerstag bei Irun und San Sebastian herrschte, wird dem Echo de Paris gemeldet, daß sich gegenwärtig in Pamplona die Führer der baskischen Separatisten aufhielten, um mit General Mola über den Abschluß eines Waffenstillstandes zu verhandeln. Die baskischen Bauern hätten einzusehen begonnen, daß ein Sieg der Marxisten für sie eine Niederlage bedeuten könne. Außerdem hätten sie festgestellt, daß die wirklichen Herrscher in der spanischen Republik nicht die gemäßigten Republikaner, sondern die kirchen- und religionsfeindlichen Marxisten und Anarchisten seien. Die nationale Bewegung in Navarra beginne auch für die baskischen Bauern eine Volksbewegung zu werden.

Aber, so meint das Blatt weiter, auch ohne die baskischen Separatisten seien die Marxisten von Irun und San Sebastian außerordentlich stark. Sie seien auch gut bewaffnet. Auf „geheimnisvolle" Weise hätten sich in den letzten Tagen große Waffenmengen von Irun über 20 000 katalanische Anarchisten angeschlossen. Ein Blick auf die Karte aber genüge, so meint das Blatt, um zu erkennen, daß diese „geheimnisvolle" Verbindung zwischen dem Norden Spaniens und Katalonien über die französische Stadt Hendaye führe.

Madrider Flieger zu den Nationalisten übergegangen.

Paris, 21. August. Der Rundfunksender von Burgos bestätigte den Donnerstag die Gerüchte über den Abfall der Flieger des Flugplatzes Cuatro Vientos in der Nähe von Madrid. Die Flieger hätten sich, so wurde vom Sender in Burgos erklärt, zugunsten der Nationalisten erhoben.

Auf der Insel Mallorca hätten die nach den Balearen entsandten Regierungstruppen außerordentlich schwere Verluste gehabt. Von 3500 Mann, die ausgebootet worden seien, seien 2500 getötet oder vermundet worden. Die Nationalisten beherrschten die Insel vollkommen.

Siegesmeldung der spanischen Volksfront.

Paris, 20. August. Nach einer Havasmeldung aus Bayonne behauptet die spanische Volksfront, daß die nationalistischen Truppen bei Avila in die Flucht geschlagen worden seien und auf dem Kampfplatz 300 Tote, fünf Geschütze, sieben Maschinengewehre und Munition zurückgelassen hätten. 67 Soldaten der nationalistischen Verbände seien gefangen genommen worden.

Engländer berichten über kommunistische Greueltaten.

London, 21. August. Zwei englische Bergwerksbeamte, die vier Wochen lang von den Marxisten im Rio Tinto-Gebiet gefangen gehalten worden waren, sind in Gibraltar eingetroffen und haben dem Sonderberichterstatter des Daily Telegraph über ihre Erlebnisse berichtet. Sie schilderten, wie die kommunistischen Arbeiter in der Nacht vor ihrer Flucht vor den nationalistischen Truppen 17 Gefangene, darunter zwei 14jährige Knaben, in einem Schlachthause niedermetzelten. Ein nationalistischer Soldat wurde auf einem Traktor festgebunden, mit Benzin übergossen und lebendig verbrannt; die übrigen Gefangenen wurden dadurch getötet, daß man Dynamitpatronen in ihr Gefängnis schleuderte. Beim Einmarsch der nationalistischen Truppen in die Ortschaft wurde kein einziger Schuß abgegeben.

Washington lehnt Vermittlung im spanischen Bürgerkrieg ab.

Washington, 21. August. Wie berichtet, hatte der uruguanische Gesandte am Dienstag eine Note überreicht, die ein Eingreifen aller amerikanischen Republiken zur Beilegung des spanischen Bürgerkrieges vorschlug. Das Staatsdepartement hat nunmehr diesen Vorschlag abgelehnt.

1750 Spanien-Flüchtlinge in Genua.

Mailand, 20. August. Mit den deutschen Dampfern „Monte Sarmiento" und „Baden" sind wiederum 1750 Flüchtlinge verschiedener Staatsangehörigkeit aus Spanien in Genua eingetroffen. 800 Reichsdeutsche sind mit einem Sonderzug in die Heimat weitergefahren.

Die französisch-italienischen Besprechungen.

Rom, 20. August. Zu den französisch-italienischen Besprechungen über die Frage einer Nichteinmischungsverpflichtung gegenüber Spanien ist von zuständiger italienischer Seite am Donnerstag abend die amtliche Erklärung abgegeben worden, daß die Verhandlungen einem Abschluß nahe seien.

Unterredungen mit Delbos.

Paris, 20. August. Der französische Außenminister Delbos hatte am Donnerstag Unterredungen mit dem zur Zeit in Paris weilenden französischen Botschafter in Washington, de Labouguye, sowie mit dem rumänischen und mit dem tschechoslowakischen Gesandten in Paris.

Zwei Sowjet-Generäle bei den französischen Herbstmanövern.

Paris, 20. August. Zu der Ankunft einer sowjetrussischen Militärabordnung in Paris berichten die Blätter ergänzend, daß es sich um General Pafir, Mitglied des obersten Kriegsrats der Sowjetarmee, und Brigadegeneral Ratschinski handelt, die den französischen Herbstmanövern beiwohnen wollen.

Französische Flugzeugindustrielle in Moskau.

Moskau, 21. August. Die sich augenblicklich in Moskau aufhaltende Abordnung der französischen Flugzeugindustrie, die unter der Führung des Besitzers der französischen Flugzeugwerke „Potez" steht, wurde von dem sowjetrussischen Volkskommissar für Schwerindustrie, Ordschonikidse, empfangen.

Der französischen Abordnung gehören an: der Flugzeugingenieur Louis Brégnet, der Flugzeugindustrielle Vibaut, Vertreter der Flugzeugfirmen Renoult, Caudron, Loire, Newport, Devoitin und Gnome-Rhône, ferner mehrere Fachingenieure sowie der Hauptinspekteur des französischen Luftfahrtministeriums, Lagarde.

Zu einer Unterredung der französischen Flugzeugindustriellen mit dem Chef der sowjetrussischen Rüstungsindustrie, die über eine Stunde währte, wohnten auch der Chef der Hauptdirektion der sowjetrussischen Flugzeugindustrie, Michail Kaganowitsch, der Bruder des Volkskommissars für Verkehrswesen, sowie dessen Stellvertreter, der sowjetrussische Flugzeugkonstrukteur Prof. Tupolow, bei.

Der König von Irak für ein arabisches Palästina.

Jerusalem, 20. August. König Ghasi von Irak hatte dieser Tage zu einer Sonderstyung in Bagdad den irakischen Ministerpräsidenten, den Außenminister und den englischen Gesandten empfangen. Der König legte dem englischen Gesandten dringend nahe, in London wegen einer beschleunigten Lösung der Palästina-Frage im arabischen Sinne vorstellig zu werden. Er wies darauf hin, daß eine beratige beschleunigte Lösung im Interesse der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen den Arabern des Iraks und England notwendig sei.

Für eine japanisch-chinesische Zusammenarbeit.

Peiping, 20. August. Der neuernannte japanische Botschafter entwickelte am letzten Tage seines Aufenthaltes in Nordchina sein politisches Programm in drei Presseerklärungen, die er japanischen, chinesischen und ausländischen Pressevertretern gab. Während ein ernster Teil seiner Ausführungen sich in den üblichen Bahnen hielt, wurden folgende Feststellungen viel bemerkt:

Erstens: Japan lehnt eine nichtjapanische Mithilfe zur Entwicklung der nordchinesischen Wirtschaft durchaus nicht ab. Es hält allerdings eine japanische Mithilfe für wirkungsvoller, weil sie auf eingehender Kenntnis beruht.

Zweitens: Japan erhofft die tatkräftige Mitarbeit des chinesischen Kapitals bei der Ausnützung der nordchinesischen Wirtschaftsmöglichkeiten. Tokio würde jedoch mit eigenen Mitteln einspringen, wenn das chinesische Kapital verlagen sollte. Japan würde sich dabei insbesondere die Verbesserung des Verkehrswesens, die Entwicklung der Eisenindustrie sowie die Verbesserung der Methoden des Baumwollanbaues angelegen sein lassen. Die Einzelheiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wären zwischen den lokalen chinesischen und japanischen Behörden Nordchinas festzustellen.

Nordchina bedeute das Gebiet, das unter der Verwaltung des Regierungsausschusses für Hopei und Tschachar stehe, mit dem eine reibungslose Zusammenarbeit auch schon gesichert sei. Japan hoffe aber auf eine weitere Ausdehnung dieser Zusammenarbeit. Nanking sollte nach japanischer Auffassung diese Entwicklung in Nordchina, die im Rahmen der chinesischen Republik bleibe, begrüßen und unterstützen.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen China und Japan sei schon deshalb nötig, weil die Existens beider Staaten durch die außerordentlich starke Tätigkeit der Kommunistischen Internationale in Nordchina bedroht werde. Der Botschafter habe auf diesen Umstand die Aufmerksamkeit der chinesischen Behörden besonders gelenkt.

Schacholympiade München 1936.

München, 20. August. In der am Donnerstag nachmittag ausgetragenen sechsten Runde traf Deutschland auf Norwegen. Wiederum zeigten sich unsere beiden Spitzenspieler Richter und Engels in ausgezeichneter Form. Sie gewannen ihre beiden Partien mit außerordentlicher Sicherheit.

Bei Abbruch war das Ergebnis der sechsten Runde folgendes:

Rumänien—Ungarn	0	:1	(7 Hängepartien)
Tschechoslowakei—Finnland	5	:1	(2)
Schweiz—Brasilien	4	:4	
Polen—Estland	4	:3	(1)
Deutschland—Norwegen	2½	: ½	(5)
Lettland—Bulgarien	5½	: ½	(2)
Island—Schweden	1½	:3½	(3)
Litauen—Jugoslawien	3	:4	(1)
Dänemark—Frankreich	4½	: ½	(3)
Oesterreich—Holland	4½	:2½	(1)

Italien spielfrei.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.